

Sitzung des Rates der Stadt Essen am 23. Januar 2019

Manuskript der Rede von Hiltrud Schmutzler-Jäger, Fraktionsvorsitzende der grünen Ratsfraktion Essen zum Antrag der grünen Ratsfraktion zum Thema „Verkauf der städtischen RWE-Aktien“ (Drucksache: Antrag Nr. 1768/2018/GRÜNE)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch heute thematisieren GRÜNE im Rat zum wiederholten Male – wie übrigens schon zu Zeiten als die RWE Aktien in 2008 ihren Höchststand hatten und Düsseldorf bereits aktiv seine Aktien verkauft hat – den Verkauf von städtischen RWE Aktien.

Und auch heute sind wir – nicht nur mit Blick auf rasante Veränderungen in der Energiepolitik -, sondern auch durch die Erfahrung von erheblichen finanzielle Einbußen, die wir in 2016 durch den Wegfall der Dividendenausschüttung zu verkraften hatten der Auffassung, dass das Thema RWE Aktien wieder auf die Tagesordnung gehört.

Denn gerade die Energiepolitik und die Energiewirtschaft befinden sich angesichts des Klimawandels und des Klimaabkommens in einem gravierenden Umbruch.

Bis zum 1. Februar will die Bundesregierung die Ergebnisse der Kohlekommission und somit den Fahrplan für den Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland vorstellen.

Die Ergebnisse der Kohlekommission werden dann auch absehbare, risikobehaftete Auswirkungen auf den RWE-Aktienkurs und die künftige Ausrichtung des Unternehmens haben.

Auch die Entscheidung der Vorstände und Aufsichtsräte von RWE und eon, die beiden Unternehmen ab Ende 2019 neu aufzustellen und die RWE-Tochter Innogy zu zerschlagen, wird erhebliche Kursrisiken mit sich bringen.

Denn RWE soll dann zukünftig reiner Stromerzeuger werden. Eon will im Gegenzug die Stromnetze und den Vertrieb von RWE übernehmen.

Im Fazit bedeutet dies, dass RWE damit das stabile, risikoarme Geschäft aus Netz und Vertrieb an Eon abgibt.

Gleichzeitig erleben wir eine weltweite Divestment-Bewegung, die den Rückzug aus Unternehmen, die auf nicht-nachhaltige und klimaschädliche Energien setzen, voranbringen will.

Es wird Sie nicht wundern, dass wir Grüne die Divestment-Bewegung unterstützen und die Auffassung vertreten, dass sich die Stadt Essen absehbar von einem

Unternehmen trennen sollte, dessen Braun- und Steinkohlekraftwerke massiv zur Klimaerwärmung beitragen. Immerhin besitzt RWE drei der fünf am meisten CO₂-emittierenden Kohlekraftwerke Europas.

Nun möchte ich zum Kern unseres Grünen Antrags kommen. Ich werde dabei nicht weiter auf die umweltpolitische Notwendigkeit eines RWE-Aktienverkaufs eingehen, sondern mich vor allem auf die Argumente beziehen, die uns der Kämmerer bzw. die Fraktionen von SPD und CDU als Gründe gegen einen Verkauf der Aktien entgegenhalten.

Da wäre zunächst einmal das mantra-artig vorgetragene Argument, dass uns die Kommunalaufsicht zwingt, jeden aus Aktienverkäufen erlösten Euro in die Schuldentilgung zu stecken

Wir aber sagen: Eine Schuldentilgung mit Verkaufserlösen ist nicht zwangsläufig, denn mit der Bezirksregierung kann man – wie wir in anderen Fällen auch erlebt haben.

Das Argument, dass eine Zinsersparnis angesichts historisch günstiger Zinsen nicht gegen die Verzicht auf Einnahmen aus der RWE-Dividende aufzuwiegen ist, ist ja auch nicht falsch.

Wir schlagen mit unserem Antrag aber nicht vor, die Verkaufserlöse konsumtiv zu verfrühstücken, sondern wir schlagen in unserem Antrag vor, dass die Erlöse werterhaltend und damit insbesondere im Bereich des Wohnungsbaus investiert werden sollen.

Im Rat der Stadt Essen gibt es ja Einigkeit, dass die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum – im Übrigen nicht nur durch Flächenausweisung – in Essen zwingend notwendig ist. Auch die Landes- und Bundesregierung unterstützen dieses Ziel mit vielen Fördermitteln.

Warum sollte also eine Bezirksregierung etwas dagegen haben, wenn wir unsere kommunale Wohnungsbaugesellschaft Allbau mit mehr Kapital ausstatten?

Mit einer Eigenkapitalstärkung der Allbau GmbH würden wir die unsichere Dividende eines Global Players in die sichere Dividende der städtischen Allbau eintauschen.

Dies würde sich aber auch finanzwirtschaftlich rechnen, wie man an einem einfachen Rechenexempel beweisen kann:

Das Eigenkapital der Allbau beträgt 123 Mio. Euro. Ich beziehe mich dabei auf die Unternehmensdaten für das Jahr 2016. Der Bilanzgewinn betrug 16 Mio. Euro. Damit beträgt die Eigenkapitalrendite 13 Prozent.

Dem steht eine Dividendenrendite von lediglich 3,7 Prozent bei den RWE-Aktien entgegen, wenn man von den 0,70 Euro je Aktie an Dividende ausgeht, die der Haushaltsplanung zugrunde gelegt wurden.

Die Rendite aus dem Allbau ist demzufolge mehr als drei Mal so hoch wie aus den RWE-Aktien.

Ich sage noch einmal: Über so eine Reinvestition kann man mit der Bezirksregierung reden, wenn man es will!!!

Zumal ja mehrere Beispiele anderer Kommunen zeigen, dass offensichtlich mit Billigung der Bezirksregierung ähnliche Transaktionen vorgenommen wurden, wie sie in unserem Antrag hier vorgeschlagen wird.

So hat die Stadtregion Aachen vor kurzem unbeanstandet von der Kommunalaufsicht die Verwendung von RWE-Verkaufserlösen zur Eigenkapitalerhöhung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft beschlossen.

Die Stadt Bochum hat sich im Sommer 2016 mit großer Mehrheit – also auch mit den Stimmen der SPD – von einem Großteil seiner RWE-Aktien getrennt und mit dem Erlös von 65,5 Millionen Euro seine Stadtwerke gestärkt. Auch solche Optionen würden wir in Essen zukünftig gerne mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Essen diskutieren.

Dabei hat Bochum sein 6,6 Mio. Stück umfassende Aktienpaket nicht auf einmal auf den Markt gebracht, sondern in 3 gleichen Tranchen zu je 2,2 Mio. Aktien angeboten.

Der Kreis Siegen-Wittgenstein hat im Mai 2017 den Verkauf seiner rund 3,9 Millionen RWE-Aktien beschlossen. Der erwartete Verkaufserlös von rund 60 Millionen soll in einem Spezialfonds mit dem Ziel der Werterhaltung angelegt werden.

Im Dezember letzten Jahres haben die Kreistage des Rhein-Sieg-Kreises sowie des Ennepe-Ruhr-Kreises den Verkauf der RWE-Aktien beschlossen.

Und auf Antrag von SPD und Grünen im Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises sollen die Verkaufserlöse in eine nachhaltige Energieerzeugung investiert werden.

Im Rhein-Sieg-Kreis ging die Initiative für den RWE-Aktienverkauf interessanterweise von der SPD-Ratsfraktion aus, der übrigens auch der Landesvorsitzende der NRW-SPD, Sebastian Hartmann, angehört.

Die SPD-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg hat beantragt, dass 50 Prozent der RWE-Verkaufserlöse in die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft des Rhein-Sieg-Kreises als Einlage zur Erhöhung des Eigenkapitals fließen sollen.

Die Antragsbegründung hätten wir Grüne nicht besser formulieren können. Ich zitiere aus dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg:

„Kommunale Beteiligungen sollten sich an strategischen Zielen der Gebietskörperschaft orientieren. Hierbei ist die öffentliche Daseinsvorsorge von besonderer Bedeutung für die kommunale Selbstverwaltung.“

Die Beteiligung an RWE-Aktien ist keine strategische Beteiligung, sondern ein reine kapitalmarktorientierte Anlage, welche den allgemeinen Kapitalmarktrisiken unterliegt.

Ein Mehrwert durch gezielte Einflussnahme auf Ressourcenentwicklung, Energiequellen und Energiepreise ist nicht gegeben.

Die finanziellen Ressourcen, welche im RWE-Engagement gebunden sind, sollten zukünftig für die Zielfelder bezahlbarer Wohnraum, digitale Infrastruktur und Verbesserung der Infrastruktur zur kommunalen Aufgabenerledigung und Daseinsvorsorge eingesetzt werden und hieraus auch entsprechende Erträge für das Gemeinwohl generieren.“

Liebe SPD im Rat der Stadt Essen,

bitte lasst Euch von diesen weisen Worten Eures NRW-Landesvorsitzenden inspirieren und stimmt unserem Antrag zu.

Ich möchte noch auf ein weiteres Argument eingehen, das der Kämmerer in der letzten Finanzausschusssitzung gegen einen RWE-Aktienverkauf genannt hat.

Das Argument lautet: Wir sollten uns nicht eine Steigerung des städtischen Eigenkapitals angesichts eines gestiegenen RWE-Aktienkurses entgehen lassen.

Dabei hat der Kämmerer den Kurswert von 17 Euro je Aktie am Ende des Jahres 2017 ins Verhältnis zum Kurswert von rund 19 Euro je Aktie am Ende des Jahres 2018 gesetzt und einen bilanziellen Eigenkapitalzuwachs von 23 Mio. Euro festgestellt.

Doch wer sagt uns, dass die RWE-Aktie am Ende des Jahres einen weiteren Wertzuwachs erfährt. Schließlich mussten wir schon einmal eine Wertberichtigung aufgrund eines gefallenen RWE-Aktienkurses vornehmen.

Angesichts der bereits erwähnten Umbrüche in der Energiewirtschaft sowie der Aufspaltung der Geschäfte von RWE und Eon ist es zulässig, beim Festhalten an den RWE-Aktien von einem spekulativen, riskanten Geschäft sprechen.

Und mit derartigen spekulativen Geschäften haben wir uns als Stadt je schon einmal die Finger verbrannt. Ich verweise nur auf den verlustreichen Handel mit Darlehen in Schweizer Franken, bei dem die Stadt Essen rund 90 Mio. Euro verloren hat.

So können wir festhalten, dass die Stadt Essen, die lediglich 3 Prozent der Aktien von RWE hält, mit diesem geringen Anteil wohl kaum maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftspolitik von RWE nehmen kann und schon gar nicht vor „Heuschrecken“ beschützen kann.

Nicht nur die Städte Düsseldorf, Münster, Gütersloh und Gelsenkirchen haben schon vor Jahren zu besseren Kursen ihre Aktien - Anteile verkauft und damit Schulden abgebaut.

Auch die Städte Bochum, Bottrop und Herne, die Städteregion Aachen sowie die Landkreise Osnabrück, Rhein-Sieg, Siegen-Wittgenstein, Wesel, Ennepe-Ruhr, Viersen und Koblenz-Mayen haben ihre RWE-Aktien verkauft oder zumindest bereits Verkaufsbeschlüsse gefällt.

Diskussionen über einen RWE-Aktienverkauf werden auch im Landschaftsverband Westfalen-Lippe sowie in der Stadt Düsseldorf geführt.

Bitte sorgen Sie dafür, dass die Stadt Essen die Zeichen der Zeit erkennt.

Sonst beißen den letzten die Hunde.

Bitte sehen Sie den Mindestkurs zwischen 20 und 25 Euro pro Aktie als Schwelle für einen Verkauf in unserem Antrag nur als Einstieg in die Diskussion.

Wir sind nicht auf diese Summe festgelegt. Es geht uns vielmehr um einen Grundsatzbeschluss zum Verkauf der Aktien in mehreren Tranchen.

Wir laden Sie ein, mit uns über den geeigneten Zeitpunkt und über den geeigneten Schwellenwert zum Verkauf der RWE-Aktien im weiteren Prozess zu diskutieren.